

Offenbarungseid in der Klimapolitik

Die Großkoalitionäre haben beim Thema Energiewende die Katze aus dem Sack gelassen. Die häufig und regelmäßig mit moralischem Überlegenheitsanspruch ausgerufenen Klimaziele müssen kassiert werden.

Die weitgehend ohne oppositionelle Gegenstimmen im Deutschen Bundestag beschlossene Energiewende war nichts anderes als eine törichte und vor allem teure Affekthandlung. Getrieben von obsessiver Besserwisserie meinte die deutsche Politik – angeführt von der Bundeskanzlerin Angela Merkel - die guten Argumente anderer wichtiger Länder (Japan, Großbritannien, Frankreich, USA, um nur die wichtigsten zu nennen.) in den Wind schlagen zu sollen.

Stromindustrie in Deutschland: staatliche Zentralverwaltungswirtschaft

Alle Parteien im deutschen Bundestag marschierten stolz hinter dem Panier der Energiewende her. Vor allem Solar- und Windstrom sollten das Land von den ungeliebten „Stromversorger-Großkonzernen“ wie E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW unabhängig machen.

Darüber hinaus wurde ein Beschäftigungsboom für die Solar- und Windindustrie erwartet. Und diese Segnungen seien es alle-

mal wert, „etwas mehr“ für Strom zu bezahlen, wurde der staunende Bürger noch geschulmeister.

Inzwischen liegen die Fakten vor: Deutschland hat den teuersten Strom, eine miserable CO₂-Bilanz, keine Solarindustrie von



Bedeutung und nicht einmal Leitungen, um den Windstrom des Nordens nach Süden zu bringen. Obendrein sind die genannten Energieerzeuger fast ruiniert worden und neue private Investitionen in Stromerzeugung wird es in Deutschland nur noch geben, wenn der Staat eine gute Investi-

tionsrendite garantiert. So sieht eine staatliche Zentralverwaltungswirtschaft aus. Gute Absichten führen durchaus nicht automatisch zu guten Resultaten.

Scheitert auch die Eurorettung?

Man könnte die Energiewende als tollkühnen, aber gescheiterten deutschen Sonderweg abhaken, wenn mit der Euro-Rettung und der Grenzöffnung nicht zwei gleichermaßen gravierende Fehler seitens Union, SPD und Grünen gemacht worden wären. Denn bei der Eurorettung („scheitert der Euro, dann scheitert Europa“) droht ein ähnliches Schicksal wie bei der Energiewende.

Zwar hat die Europäische Zentralbank durch ihre Negativzinspolitik den Politikern viel Zeit gekauft, allein an der Schwerkraft der Fakten wird das wenig ändern. Ohne einen erheblichen Schuldenschnitt, der hauptsächlich von deutschen Steuerzahlern zu tragen sein wird, kann Griechenland niemals auf einen grünen Zweig kommen. Es spricht Bände, dass sich Finanzminister Schäuble in-

zwischen auf einen neutraleren Posten zurückgezogen hat.

Politik in Berlin: kein Grund für Optimismus

Und die Flüchtlingskrise? Hier hatte Frau Merkel vollmundig ihr „Wir schaffen das!“ herausposaunt. Sofern sie damit reine Logistik gemeint hatte, mag sie Recht behalten. Aber die Integration gelingt überwiegend nicht. Indem aber Wirtschaftsmigranten vor allem aus Nordafrika ins Land geholt wurden, hat das wichtige grundgesetzliche Asylrecht Schaden genommen. Es steht fest, dass die wirtschaftlichen Probleme des Orients und Afrikas und

vor allem die dortige Bevölkerungsexplosion nicht auf deutschem beziehungsweise europäischem Boden, sondern nur vor Ort lösbar sind. Zugleich schulden wir aber jenen Menschen, die vor Krieg oder politischer Verfolgung flüchten, Asyl.

Mit Blick auf die derzeitige Regierungsbildung in Berlin ist es schwer, auf den genannten Politikfeldern Optimismus zu entfalten. Hinzu kommt, dass Deutschlands größtes Problem der Zukunft, die negative demographische Entwicklung, ihre dunklen Schatten (Stichwort Altersarmut und fehlende qualifizierte Arbeitskräfte), bereits vorauswirft. We-

der der Staat noch die Mehrzahl der Bürger haben die fetten Jahre genutzt, um ausreichende Polster für die Zukunft anzulegen. Daher muss man sehr hoffen, dass die derzeitige Hochkonjunktur noch lange anhält, so dass die Rechnung für unkluge Entscheidungen noch mehrfach prolongiert werden kann.

Aus Chicago

Ihr



Dr. Christoph Bruns